

**68. Öffentliche Hochschultagung am 1. Februar 2018**  
**“Landwirtschaft und Ernährung im Spannungsfeld zwischen**  
**Umwelt, Gesellschaft und Politik“**

**Ökonomische und Politische Zahlungsbereitschaft**  
**sowie tatsächlich Kosten für Tierwohl**

Prof. Dr. Dr. Christian Henning und Msc. Michael Grunenberg,  
Institut für Agrarökonomie

**Kurzfassung**

*Der Vortrag untersucht am Beispiel von Tierwohlstandards (bzw. Nachhaltigkeitsgütern allgemein) die Frage der Grenzen und Möglichkeiten politischer Prozesse, öffentliche Güter Pareto-optimal bereitzustellen. Während es allgemein in der Wissenschaft akzeptiert ist, dass der Markt hinsichtlich der Bereitstellung von Nachhaltigkeitsgütern versagt, stellt sich die Frage, ob bzw. unter welchen Bedingungen politische Eingriffe zu einer effizienten Bereitstellung von Nachhaltigkeitsgütern führen können. Diese Frage ist keineswegs neu. In der Politischen Ökonomie der Agrarpolitik wurde bereits eine Reihe von Mechanismen identifiziert, die zu verzerrten und ineffizienten Politiken führen. Agrarprotektionismus aufgrund des politischen Einflusses der Agrarlobby ist ein populäres Beispiel. Aber auch zentrale demokratische Mechanismen wie freie, unverzerrte Mehrheitswahlen führen nur unter ganz speziellen Bedingungen zu einer Pareto-optimalen Bereitstellung öffentlicher Güter. Insbesondere haben Wähler als politische Laien naive Vorstellungen hinsichtlich der Politikwirkungen (Politische Beliefs), die oft verzerrt sind, d.h. von den wahren Wirkungen stark abweichen. Sind politische Beliefs verzerrt, können an der öffentlichen Meinung orientierte Politiken zu fatalen Fehlentwicklungen führen und es ergibt sich das Paradox eines basisdemokratischen Politikversagens. Interessanter Weise kann in diesem Fall selbst ein stark verzerrter Lobbyingeeinfluss zu Pareto-dominanten Politikkorrekturen führen. Diese Zusammenhänge wurden intuitiv bereits sehr früh im 19. Jahrhundert von Adam Smith anhand von populistischen Politikreaktionen auf Nahrungsmittelkrisen erkannt. In neuerer Zeit scheinen aktuelle agrarpolitische Reformen, die unter dem Schlagwort „Greening“ eine fundamentale Neuausrichtung der Landwirtschaft anhand des Leitbilds einer nachhaltigen Landnutzung anstreben, zentral durch die öffentlichen Meinung und gegen die ökonomischen Interessen der Agrarlobby initiiert zu werden. Somit stellt sich die Frage, ob mit den jüngsten Nachhaltigkeitsreformen das klassische Politikversagen protektionistischer Agrarpolitik aus alten Tagen endgültig überwunden werden konnte oder aber ob dies ein aktuelles Beispiel eines basisdemokratischen Politikversagens darstellt. Diese Frage untersucht der Vortrag am konkreten Beispiel von Tierwohlstandards (bzw. Nachhaltigkeitsgütern allgemein). Theoretische Grundlage ist ein erweiterter Ansatz der probabilistischen Wählertheorie, wonach im politischen Gleichgewicht Politiken als gewichteter Mittelwert der Idealposition sozialer Wählergruppen und relevanter Interessengruppen resultiert. Ineffiziente Politiken entstehen dabei aus zwei Gründen: klassischer Lobbyingeeinfluss sowie verzerrte politische Beliefs, d.h. naive Vorstellungen der Wähler hinsichtlich der Wirkung konkreter Politiken auf relevante Politikergebnisse. Auf der Grundlage eigener Wählersurvey- und Choice Experimentdaten von über 1400 Wählern werden individuelle ökonomische und politische Zahlungsbereitschaften sowie von Wählern naiv angenommene Bereitstellungskosten für erhöhte Tierwohlstandards (Nachhaltigkeitsstandards allgemein) ökonomisch geschätzt. Dabei implizieren durchgeführte Simulationsrechnungen entsprechender polit-ökonomischer Gleichgewichte, dass ineffiziente Tierwohlpolitik zumindest in Deutschland stärker aufgrund verzerrter Wählerbeliefs als durch Lobbying entstehen kann. Somit scheint tatsächlich ein „Paradox eines basisdemokratischen Politikversagens“ vorzuliegen, d.h. eine Erhöhung des verzerrten Agrar-Lobbyeinflusses würde aus gesellschaftlicher Sicht zu einer Pareto-dominanten Korrektur nachhaltiger Agrarpolitik führen.*